

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

K 063/2011 (DDI)

Kleine Anfrage: Trudy Küttel Zimmerli (SP, Olten): Sicherstellung der ambulanten Grundversorgung bei Neugeborenen und Müttern (10.05.2011)

In der Schweiz erblicken immer mehr Babys das Licht der Welt, und viele Frauen lassen sich im Wochenbett zu Hause betreuen. Mit der Einführung der DRGs 2012 ist eine Verkürzung der Spitalaufenthaltsdauer nach der Geburt auf Grund der finanziellen Anreize voraussehbar und damit von einem steigenden Bedarf an Nachbetreuung auszugehen. Diese Veränderung wird von den Fachpersonen nicht negativ beurteilt, solange die Wochenbettbetreuung durch die Hebammen gesichert ist. Sie entspricht auch dem politisch formulierten Grundsatz: ambulant vor stationär. Gesunde Wöchnerinnen mit ihren gesunden Säuglingen brauchen nicht zwingend Spitalbetreuung. Eine professionelle Begleitung zu Hause in der vertrauten Umgebung mit Einbezug der Familie kann die Selbstverantwortung und der Gesundheitserhaltung sogar förderlich sein. Beim Austritt muss für die Mütter und Neugeborenen eine nahtlose Weiterbetreuung sichergestellt sein. Bereits heute ist es teilweise knapp möglich, den Bedarf an freipraktizierenden Hebammen (fpH) zu decken, um der gesteigerten Nachfrage der Nachbetreuung im ambulanten Bereich gerecht zu werden.

Der Regierungsrat ist gebeten, auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie gedenkt der RR seine Verantwortung, die Grundversorgung zu garantieren, im Bereich der ambulanten Geburt und Wochenbettbetreuung sicherzustellen?
- Welche Entwicklungen der drei Faktoren Spitalaufenthaltsdauer, Nachfrage durch Frauen und Angebot durch Hebammen fpH erwartet der Regierungsrat in den kommenden Jahren (unter Berücksichtigung der zu erwartenden Veränderungen im Gesundheitswesen)?
- Verfügt der Kanton über Zahlen, die eine Aussage über die Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage bei der ambulanten Wochenbettbetreuung durch die Hebamme zulassen?
- Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat, um die Grundversorgung in der ambulanten Wochenbettbetreuung durch Fachpersonen auch künftig sicherzustellen?

Begründung (10.05.2011): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Trudy Küttel Zimmerli (1)